

---

**Für Sie in Berlin!**

**Markus Grübel berichtet  
aus dem Deutschen Bundestag**



---

## **Themen der Woche**

---

- 1. Nazi-Vergleiche sind inakzeptabel!**
- 2. Betriebsrenten**
- 3. Stärkung der Arzneimittelversorgung in der GKV**
- 4. Baden-Württemberg trifft Slowenien**
- 5. Gute Nachrichten aus dem Ländle**

### **1. Nazi-Vergleiche sind inakzeptabel**

Ich möchte meinen Infobrief in dieser Woche mit einem Thema beginnen, mit dem wir uns in der vergangenen Sitzungswoche intensiv im Bundestag befasst haben! Gemeint sind die unzumutbaren Äußerungen des türkischen Staatspräsidenten. Meiner Meinung nach ist es vollkommen inakzeptabel, dass türkische Politiker die Entscheidungen von deutschen Kommunen, bestimmte Wahlkampfauftritte zu verweigern, mit den Methoden der Nationalsozialisten zu vergleichen. Wer solche Aussagen macht, dem fehlt leider jegliches Geschichtsbewusstsein und angesichts der schlimmen und menschen-

verachtenden Praxis im Dritten Reich, kann ich diese Wortwahl überhaupt nicht verstehen.

Eines ist für mich klar: Unsere freiheitliche Demokratie ist nicht dazu da, als Werbeplattform für die Einrichtung einer Diktatur in der Türkei zu dienen. **Wir sind nicht der „Steigbügelhalter“ für den türkischen Präsidenten!**

Deutschland hat grundsätzlich ein großes Interesse an einem guten Verhältnis mit der Türkei! Deutschland braucht die Türkei und die Türkei braucht Deutschland.

Deshalb ist es meiner Meinung nach wichtig, dass die gegenwärtige Situation nicht weiter eskalieren darf. Deutschland spricht daher auch kein generelles Einreiseverbot oder Auftrittsverbot für türkische Politiker aus. Wir sind ein demokratisches Land und die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Wir zeigen aber auch Grenzen dort auf, wo die Freiheit einzelner bedroht wird und die Einrichtung diktatorischer Regierungssysteme zählt ganz klar dazu.

## **2. Verbesserung Betriebsrenten**

In erster Lesung haben wir uns in der vergangenen Sitzungswoche nachhaltigen Veränderungen der betrieblichen Altersversorgung in Deutschland gewidmet, die unter anderem das Sozialpartnermodell betreffen.

Wir legen die Grundlage für eine reine Beitragszusage in Tarifverträgen anstelle der bisherigen Zusage mit Mindestleistung sowie für die Weitergabe ersparter Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge in Höhe von 15%. Weitere Regelungsbereiche umfassen eine neue Geringverdiener-Förderung und die Optimierung der Riester-Rente. Betriebsrenten sind immer noch nicht ausreichend verbreitet. Lücken bestehen vor allem in kleinen Unternehmen und bei Beschäftigten mit niedrigem Einkommen. Es sind deshalb weitere Anstrengungen und Wege notwendig, mit denen eine möglichst weitreichende Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung ermöglicht wird.

## **3. Stärkung der Arzneimittelversorgung**

Gestern haben wir im Bundestag das GKV-Arzneimittelversorgungsstärkungsgesetz (AMVSG) verabschiedet. Damit wird das seit 2011 geltende Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AMNOG) weiterentwickelt. Mit dem Gesetz erhöhen wir die Wirtschaftlichkeit durch das System der frühen Nutzenbewertung, ohne zu gleich die Qualität der Arzneimittelversorgung zu mindern. Neue Medikamente müssen ihren Zusatznutzen unter Beweis stellen, um besser vergütet zu werden als bereits auf dem Markt befindliche. Damit konnten allein in der letzten Legislaturperiode rund 20 Milliarden Euro eingespart werden.

Michael Henrich, mein Kollege aus dem Nachbarwahlkreis Nürtingen, hat sich als Berichterstatter besonders in dem Gesetzgebungsverfahren eingebracht und maßgeblich dazu beigetragen, dass der Grundstein für ein Arzneimittelinformationssystem gelegt wurde. Dieses stellt den Ärzten alle schon bisher bestehenden Informationen über ein Medikament in geeigneter Weise zur Verfügung, ohne dabei gleichzeitig das Ordnungsverhalten der Ärzte einzuschränken. Zukünftig kann dieses System der Grundstein dafür sein, im Interesse der Patienten Versorgung und Forschung gezielt zu verschmelzen.

#### 4. Baden-Württemberg trifft Slowenien

Zu einer interessanten Veranstaltung hat am Donnerstagabend die Landesvertretung von Baden-Württemberg gemeinsam mit der slowenischen Botschaft eingeladen. Zum 5. Mal fand in der Landesvertretung der Donausalon unter dem Thema „Nachhaltigkeit im Tourismus am Beispiel des Donauraums“ anlässlich der Internationalen Tourismusbörse 2017 statt.

Im Anschluss an eine spannende Podiumsdiskussion bot sich für mich die Möglichkeit, mit der slowenischen Botschafterin, Marta Kos-Martó ein paar Worte zu wechseln.



Josef Rief MdB, Botschafterin Marta Kos-Martó und Markus Gröbel in der Landesvertretung von Baden-Württemberg

#### 5. Gute Nachrichten aus dem Ländle

Meinen Infobrief möchte ich in dieser Woche mit einer positiven Nachricht aus dem Ländle abschließen!

Einer Umfrage von StZ und SWR zufolge, hat die CDU wieder an Zuspruch in Baden-Württemberg gewonnen und überholt die Grünen! Bei einer Landtagswahl zum jetzigen Zeitpunkt käme die CDU auf 28%, während die Grünen 27% erzielen würden. Die Grünen büßen insofern rund 3 Prozentpunkte ein. Noch stärker ist nur der Zuspruch für die AfD heruntergegangen. Diese verliert drei Prozentpunkte und fällt auf 11% herab.

Diese Verschiebung der Präferenzen zeigt den Zuspruch und die Zufriedenheit der Bürger mit der Arbeit der Union in Baden-Württemberg und lässt positiv stimmen! Zwar darf man Umfragen nicht überbewerten, aber ich glaube, wir sind gut beraten, wenn der bisherige Weg fortgeführt wird und die aktuellen Ergebnisse als weiterer Ansporn dienen.

Die gesamten Ergebnisse der von Infratest dimap durchgeführten Umfrage finden Sie unter folgendem Link: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/baden-wuerttemberg.htm>